

PRESSEMITTEILUNG

Schirmfrau Claudia Roth am Weltflüchtlingstag

Menschenrecht auf Unversehrtheit ist universell

Berlin, 19. Juni 2020 Anlässlich des Weltflüchtlingstages betont Claudia Roth, Schirmfrau des Zentrum ÜBERLEBEN, dass das Menschenrecht auf Unversehrtheit und Schutz in Deutschland für geflüchtete Menschen noch lange nicht garantiert ist. Das Zentrum ÜBERLEBEN verweist darauf, dass in der Corona-Pandemie Missstände besonders deutlich wurden insbesondere bei der Unterbringung von Geflüchteten. Das ZÜ fordert mehr finanzielle Unterstützung, um eine flächendeckende Versorgung traumatisierter geflüchteter Menschen zu garantieren. Die aktuelle Krise zeige, wie dringlich die digitale Ausstattung gemeinnütziger Organisationen sei.

„Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf Schutz. Dieses Versprechen wahr zu machen, ist Aufgabe allen staatlichen Handelns. Leider gibt es hier immer noch viel zu tun“, sagt Claudia Roth, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Schirmfrau des Zentrum ÜBERLEBEN am Weltflüchtlingstag. „Es ist dringend geboten, den Schutz von Menschenrechten und die Stärkung der Rechte von Geflüchteten politisch besser umzusetzen und zugleich gegen einen weltweiten rechten Backlash zu verteidigen. Das Zentrum ÜBERLEBEN leistet dazu einen wichtigen Beitrag.“

Der Geschäftsführer des ZÜ, Carsten Völz, setzt sich darum stark für die interkulturelle Öffnung unserer medizinischen Regelversorgung ein, damit auch geflüchtete Menschen einen Zugang dazu haben. Das bedeutet die Übernahme von Dolmetscherkosten durch die Krankenkassen, damit Ärzt*innen, Therapeut*innen und Kliniken eine breitere Versorgung anbieten können. „Wenn schwer traumatisierte Menschen aus Kapazitätsmangel unbehandelt bleiben, führt das zur Chronifizierung ihrer Erkrankung. In der Folge leiden die Menschen ihr Leben lang und die Gesellschaft bezahlt die Folgekosten“, so Völz.

In der Pandemie-Krise habe sich gezeigt, dass die Menschenrechte von Geflüchteten auf Schutz und Unversehrtheit eine viel zu geringe Rolle spielen. „Wenn Sammellager als Unterkünfte weiterbetrieben werden, obwohl sie nach dem Infektionsschutzgesetz nicht geeignet sind, Bewohner*innen und Risikogruppen abzusichern, dann ist das eine gravierende Ungleichbehandlung und eine Missachtung von Menschenrechten. Kollektive Quarantäne wird zur kollektiven Bedrohung, wenn weiterhin Gemeinschaftsbäder und Küchen geteilt werden. Wir müssen die Würde dieser Menschen garantieren und sie dezentral unterbringen“, so Völz.

Der psychosoziale Stress während der Corona-Pandemie sei für traumatisierte und geflüchtete Menschen besonders schlimm. Es fehle an allem, was für die Bewältigung der Vergangenheit wichtig

sei wie Tagesstruktur, Rückzugsräume und Bewegung. „Es bleibt ein Gefühl der Hilflosigkeit und große Angst, sich an Covid 19 anzustecken. Diese ist schwer zu entkräften angesichts der Wohnsituation vieler Geflüchteter“, sagt Völz. „Es ist aktuell besonders wichtig, dass unsere Psychotherapeut*innen engen Kontakt mit ihren traumatisierten Patient*innen halten. Darum fordern wir, dass die Bundesregierung ein zukunftsorientiertes Programm für gemeinnützige Organisationen wie das ZÜ entwickelt, damit der große Digitalisierungsbedarf gedeckt werden kann.“

Kontakt: Eva Wagner, Presse und Öffentlichkeitsarbeit • pr@ueberleben.org • 030/ 303 90 6 -62 • 0049/1701821946 • www.ueberleben.org